

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis
In der Hauptexpedition oder deren Niederlassungen abgeholt: vierteljährlich 4 M., halbjährlich 8 M., jährlich 15 M.

Anzeigen-Preis
Die Spaltenbreite beträgt 25 Z.
Reklamen unter dem Rubrikationszeichen (Spalten) 75 H., nach dem Familiennachrichterspreissystem 50 H.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Entsendung des Kreuzers "Wuffard" nach Ostafrika war schon längst angeordnet, ist also nicht auf die Befriedigung von Kuriositäten zurückzuführen.
Das preussische Abgeordnetenhaus hat gestern einmütig die Vorlagen betr. Dienstaufsicht bei größeren Amtsgerichten und Regelung der Richtergehälter in dritter Lesung ab. (Z. Bericht.)

Soziale Gegensätze in den Vereinigten Staaten.

In dem im Westen der Vereinigten Staaten gelegenen Staate Colorado geht es sehr heftig zwischen organisierten und nichtorganisierten Bergarbeitern einerseits und zwischen den organisierten Arbeitern und den Bergwerkseignern andererseits. Die organisierten Bergarbeiter werden beschuldigt, auf einer Eisenbahn ein Dynamitattentat verübt zu haben, bei dem 16 nichtorganisierte Bergleute getötet, 9 tödlich verletzt wurden.

gewiesen zu haben, daß in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten nicht nur die Möglichkeit unbegrenzter Entwicklung, sondern auch diejenige unbegrenzter Verwirrung gegeben ist.

Der Aufstand der Herero.

Der Aufstand der Herero.
Nach der jüngsten Meldung des Gouverneurs Venturini hat der Bismarck in der Ostafrika gesammelten Hauptabteilung gegen den Bismarck endlich begonnen. Das Gros befand sich zwar am letzten Mittwoch noch im alten Lager, doch ist anzunehmen, daß augenblicklich die ganze Abteilung bereits nordwärts marschiert. Die eingeschlossene Witteboordville ist als Stützpunkt vorübergehend verlassen worden, um die Linie Okeke-Obabina zu besetzen. Okeke ist bekanntlich der frühere Standort Samuel Nambaseros, den dieser wegen der großen Wasserzierlichkeiten des Platzes verlassen wollte.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Lage in Wladivostok.
Aus einem in Petersburg eingetroffenen Berichte des Stadtkommandanten der "Wladivostok" wird uns folgendes mitgeteilt: Durch den Krieg, den Belagerungszustand und den Wegzug aller Behörden, Verbrauchten und vieler Arbeiter sank die Bevölkerung um mehr als die Hälfte. Der Wegzug dauert fort, es herrscht völlige Arbeitslosigkeit. Die materiellen Lebensbedingungen sind äußerst drückend, neue Kredite sind in den Banken nicht zu erhalten, massenhaft sind die Wechselproteste. Besonders schlimm ist die Lage der Handwerker, die Agrararbeiten selbständig immer mehr verrichten müssen. Das Staatsbankrott hinterläßt, die Agrararbeiten anzuweisen, für die Kriegsanleihe ein Verbot zu erlassen und die ansehnlichen Rückstände auf drei Jahre zu reorganisieren. Der Minister antwortete auf den "Rf. Jg.", der Kaiser habe den Hypothekenschuldnern in Wladivostok besondere Vergünstigungen bewilligt.

Heber den Tod des Kriegsberichterstatters des "Daily Telegraph", des Herrn Elvio Egel, wird der "Daily Mail" von ihrem Berichterstatter Herr Ernest Brindle aus Tientsinang ein längerer Bericht gesandt. Herr Brindle war bekanntlich in Gesellschaft mit Herrn Egel und sie verließen am Montag gemeinsam Tientsinang in einer Dampfkahn in der Absicht, an der Spitze der Halbinsel Siaoang entlang nach Tschifu zu segeln. Um 4 Uhr des Abends, als sie in der Mitte zwischen Tientsinang und Tschifu sich befanden, wurde die Dampfkahn plötzlich von vier großen Segelbooten umringt, die mit chinesischen Soldaten besetzt waren. Diese eröffneten ohne vorherige Warnung oder Erklärung ein Geschützfeuer. Die Besatzung floh über die Dampfkahn dahin. Die beiden Korrespondenten saßen zu der Zeit unten und waren mit Schreien beschäftigt. Herr Egel wurde heraus um zu sehen, was voring. Er erhielt einen Schlag in den Hinterkopf und verlor nach wenigen Minuten. Die Soldaten waren in Bereitschaft und erklärten, sie wären auf der Suche nach Soldaten und hätten ein irrtümlicher Weise für ein Fremdenboot gehalten. Darauf legten sie ihre Soldatenuniform an. Sie hatten aufgehört zu feuern und gaben diese Erklärung ab, als sie des Herrn Brindle anständig wurden. Herr Brindle hätte sich wohl, ihnen mitzutellen, daß sie keinen Freund erschossen hätten, denn, wie er sagt, befürchtete er, und wohl mit Recht, daß nach solcher Mitteilung die Soldaten aus Furcht vor Bestrafung ihn nicht der ganzen Besatzung der Dampfkahn getötet hätten.

Scharmügel.

Minden, 10. Juni. (Ruffische Telegraphen-Agentur.) Die Armee des Generals Karol beginnt die Vorrückbewegung. Die russischen Vorposten liegen im Gebiet Manasay und Tschienfshan auf der östlichen japanische Streitkräfte. Jeden Tag finden Scharmügel zwischen den feindlichen Vorposten statt. Die russischen Truppen gehen langsam vor den überlegenen japanischen Streitkräften zurück.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Juni.
Kolonialpersonalia. Die Mitteilung der "Preuss. Jg.", daß der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Graf v. Helldorf zum Reichsminister ernannt wurde, ist in der Kolonialpresse sehr begrüßt worden. Graf v. Helldorf ist ein Mann von großer Erfahrung und hat sich in der Kolonialpolitik sehr bewährt. Er wird die Interessen der Kolonialbevölkerung in der Reichsregierung vertreten und die Beziehungen zwischen Deutschland und Ostafrika fördern.

Wunsch der Vater des Grafen sein, Graf v. Helldorf zum Reichsminister ernannt werden. Unter den "Afrikanern" würden vor allem die Offiziere der Ostafrika sehr freuen, an der Spitze der Kolonialverwaltung zu stehen, in der Hoffnung, daß dann auch dieser oberer Teil der Kolonialverwaltung dem vormaligen Reichsminister Helldorf überlassen wird, der sich trotz aller gegenteiligen Versicherungen kaum begeben wird. Schon im Januar war er entschlossen, seinen Abschied zu nehmen, und er wurde damals nur mit Mühe davon abgehalten, es nicht zu tun. Heute, nachdem es festgestellt ist, daß der Kaiser mit der ganzen Kolonialverwaltung zufrieden ist — was sich bei der Entsendung von Trotha sehr deutlich gezeigt hat — wird niemand mehr daran denken, seinen Abschied zu nehmen.

Handelvertragsverhandlungen mit Oesterreich. Die Meldung eines Berliner Blattes, wonach die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen ins Stocken geraten sein sollen, ist unverständlich, da diese Verhandlungen bis zur letzten Zeit in Aussicht genommenen Absicht der österreichischen und ungarischen Delegation aus Anlass der Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Italien fortgesetzt. Das einzige österreichische und ungarische Heeren, die sich mit der gleichzeitigen österreichischen Delegation befassen, abgesehen von dem, was der "Nat.-Jg." damit zusammen, daß über die Belagerung von Trotha sehr deutlich gezeigt hat — wird niemand mehr daran denken, seinen Abschied zu nehmen.

Ein Widerspruch! Wir schon hier mitgeteilt, hatte die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses die Richtigkeit, die überall hervorgerufene Erregung über das Schalkkommissariat als die Folge einer missverständlichen Auffassung des Antrages zu betrachten. Es ist eine alte Erfahrung, daß Leute, die sich in Verlegenheit befinden, mit besonderer Plomben aufzutreten lieben. Es ist nur menschlich, daß Hunderttausende den Antrag missverstanden haben und allein die Antragsteller ihn verstanden haben. Der Vorfall erinnert an wenig an Hegeles antwortlichen Ausspruch: "Nur einer hat mich verstanden und dieser eine hat mich mißverstanden." Wir möchten den Herren von der nationalliberalen Fraktion empfehlen, an die Wahl zu schlagen und die Schuld für das unglückliche Kommissariat nur in sich selbst zu suchen. Das alles, was man ihnen vorwerfen muß, ist, daß sie die Stimmung der Wähler nicht gefaßt und daß sie sie nicht verstanden haben, daß sie eine Prinzipienfrage nach tatsächlichen Rücksichten behandelt haben und daß sie die Tradition der Partei hinterlassen haben, daß sie ein schlechtes Gesetz machen wollten, um nur überhaupt nicht beiseite gelassen zu werden, daß sie die Konserwatoren, die immer, wenn man ihnen den kleinen Finger rührt, die ganze Hand nehmen, falsch beurteilt haben, daß sie den Tag der Zeit, der am einmal, soweit die Oberfläche den Zeitgeist überhaupt spiegelt, realistisch ist, verkannt haben und allen Ernstes glauben, die heutige Regierung Preussens werde sich anstrengen für eine gesunde Weiterentwicklung der Sozialpolitik zu interessieren. Weiter läßt sich ihnen eigentlich nichts vorwerfen.

Im Vorübergehenden. In der jüngsten Verhandlung des Pommerbankprozesses wird uns von unserem Berliner Vertreter das gefolgt: Es muß hervorgehoben werden, daß die Angeklagten, die ja nicht bestraft werden dürfen und nicht verpflichtet sind, sie selbst belastende Angaben zu machen, wohl jederzeit in demselben Maße auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen können, wie Geheimrat Subbe, dessen Erklärungen unter dem Eid abgegeben sind. Man sollte meinen, das Gericht müßte das Bedürfnis empfinden, diese Lasten aufzuheben. Wie es scheint, bedarf es jedoch der Gerichtsbeschlüsse, Herr v. Kirchhoff vorzulegen. Die Gründe dafür können wir nicht. Vielleicht sind es formale juristische Gründe, und jedenfalls sind sie für unsere Beurteilung der Angelegenheit durchaus nicht maßgebend. Die ferner Auffassung darüber, was mit dem engeren Zusammengehörigen ist, die des Herren Schulz und Kommit zu nennen, mit dem Mantel der Wohlthätigkeit verüllten Jueden aus den Taschen ihrer Mandanten entnommen haben. Wir wollen den Lesern, auf welche Verfassungen hin die Pommerbank auf den bekannten böhschen Ausgehungen gelangte, wir wollen wissen, wer es war, der diese Angelegenheiten beauftragte und in der ganzen Angelegenheit die Aufsicht so überlieferte, wir wollen wissen, ob und warum die staatliche Aufsicht versagte. Was interessiert es fast, ob Herr von Kirchhoff niemals das Bedürfnis empfand, für eine Widerlegung der geschehenen Thatsachen in irgend einer Form Mittel zu finden; und interessiert es, wie Herr von Kirchhoff sich zu der Sache stellte und wie es möglich war, daß der Kaiser nicht über diese Angelegenheit Vorfragen gehalten wurde. Denn diese Angelegenheit ist eine hochpolitische. Das wird die Agitation der Sozialdemokratie sehr bald bemerken. Ein einziger derartige Fall möge die Gründung von drei antisozialdemokratischen Verbänden auf. In dieser Angelegenheit darf kein Zweifel herrschen; hier muß helles Licht geschaffen werden, wenn nicht die haarsträubenden Gerüchte, die im Publikum kursieren, sich selbst einmischen sollen. Denn warum sollte man es leugnen: die Worte des Angeklagten Schulz, "er genießt nach wie vor das volle Vertrauen Sr. Majestät", habe sich dieses Vertrauens stets würdig gezeigt und glaube auch, Anspruch auf dieses Vertrauen zu haben", werden hier in weitem Kreise als eine Drohung aufgefaßt. Das Berufungssystem bewährt sich schon seit Jahren nicht mehr und man sollte doch endlich einsehen, daß es antiquiert ist. In einer der ersten Sitzungen des wieder aufgenommenen Pommerbankprozesses spielte sich folgende Episode ab:

Angeschlagener Schulz: Ich bin bereit, mich zu verantworten.
Vorfrager: Wann war das?
Schulz: Im Oktober 1900.
Vorfrager: Können Sie uns auch die Gründe sagen?
Schulz (nach einigen Bedenken): Nein.
Angeschlagener Kommit: Die Gründe sind uns nicht bekannt.
Vorfrager: Nun, dann verlassen wir diesen Punkt.

Auch damals war das Gericht bereit, Discretion an den Tag zu legen und wie man sich kein Urteil darüber an, inwieweit diese Zurückhaltung berechtigt ist oder nicht. Der Öffentlichkeit, deren Interessen ja nicht der Gerichtshof,

sondern die Presse wahrzunehmen hat, ist damit nicht gedient. Der Fragebogen, den wir oben entworfen haben, wird so lange vorgelegt werden, bis er eine Antwort findet, die weiter Hören noch läßt. Öffentlich werden gerade diejenigen Blätter, die auf dem Boden der Monarchie stehen, energisch fordern, daß Persönlichkeiten, deren Wirksamkeit geeignet ist, den monarchischen Gedanken auf Schwere zu compromittieren, so rasch als möglich in das verdientum otium cum dignitate verwiesen werden.

Wien, 9. Juni. Die evangelische Kirchenkonferenz sprach sich heute hinsichtlich des Abnehmens einzelner Gemeinden und Geistlichen von der Kirchenordnung in der Einzelfrage bei der Abendmahlfeier aus.

Stuttgart, 9. Juni. Die württembergische Abgeordnetenkammer beschloß heute mit dem sozialdemokratischen Antrag über die Abschaffung bezw. Beschränkung der Arbeitzeit und die Einführung des Achtstundentages in dem I. Staatsrat. Die Kommission schloß sich dem sozialdemokratischen Antrag an, daß die Regierung nicht auf weitere Verbesserungen bei dem System der Arbeitzeit in den staatlichen Verwaltungen hinwirken und über die Beschäftigung der Arbeiter, im Einklang mit den Interessen der Arbeiter, seine Grundsätze im Benehmen mit den Arbeitgebervereinigungen aufstellen; ferner möchte dieselbe eine maßgebende Behandlung der Frage, ob eine weitere Beminderung der Arbeitszeit in den I. Staatsrat einmündig sei, im Auge behalten. Mit diesem Antrag erklärten sich die Vertreter der Regierung einverstanden. Er wird bei der heutigen Abstimmung voraussichtlich angenommen. Staatsrat v. Salz, Präsident der Eisenbahnerverwaltung, erklärte die Leitung der Betriebsanstalten lasse es an Wohlwollen gegen die Arbeiter nicht fehlen und werde auch demgegenüber, was im Kommissionsantrag gemeint werde, entgegenkommen zeigen, aber die Reduzierung der Arbeitszeit auf neun Stunden sei mit Rücksicht auf die Privatindustrie gegenwärtig noch nicht thunlich. Die Abschaffung der Arbeitzeit werde von den Arbeitern selbst nicht gewünscht. Finanzminister v. Jeyer wies auf die schöne Harmonie hin, in der die Finanzverwaltung mit den Arbeitern der Mittenernte und Salinen lebe.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.
Der nationale Kampf um Sudweis und seine deutsche Umgebung verdient die ganz besondere Aufmerksamkeit aller Deutschen, da die Tscheden geradezu verzweifelte Anstrengungen machen, um diese deutsche Bevölkerung zu gewinnen. Jetzt berichten die Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Schulvereins, daß der tschechische Sudweis und die tschechische Unterabteilung zur Errichtung einer eigenen Schule zu bewilligen, deren einzige und besondere Aufgabe die "Fürsorge für die Sudweiser Sprachkinder" sein soll. Dabei haben die Tscheden für diesen Zweck bereits zwei Organisationen, die "Karolina" und die "Sudweiser Schulkammer", deren Sekretär Dr. Ravej nicht weiter ist, als ein Banderführer für die Tschedifizierung von Sudweis. In der letzten Zeit machte er mit seinen Reden besonders eifrig Bekanntschaft mit der neuen Schöpfung der tschechischen Agitation in Sudweis, ein ledigliches zu nationalen Kampfzwecken errichtete Mädchenschulhaus.

Tschechische Kinderkruzüge. Wie allgemein bekannt, sollen auch heuer die von der "Karolina" vorgenommene polnische Veranstaltung Kinderkruzüge aus dem "bedrohten" Sprachgebiete Südböhmens nach dem heiligen Stadt der Tscheden, nach Prag, geleitet werden. Der Zentralausschuß dieses Tschedifizierungsvereins beschloß, wie wir in den Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Schulvereins lesen, in einer seiner letzten Sitzungen, daß künftig bei der Veranstaltung dieser eigenartigen Ausflüge nur auf die Kinder aus "tschechisch gefährdeten" Schulen Rücksicht genommen werden solle. Wie sehr sich auch hier wieder die für uns Deutsche besorgende und erstrebende nationale Opferwilligkeit der Tscheden geltend macht, zeigt z. B. das Anerbieten der Ortsgruppe Wilschbrunn, die sich bereit erklärte, die Schulfrüher von Wilschbrunn ausschließlich auf ihre Kosten nach Prag reisen zu lassen und für ihren dortigen Unterhalt aufzukommen.

Schweiz.

Anschlag auf den russischen Gesandten in Bern. Gestern mittags 1 Uhr gab ein seit einiger Zeit sich in Bern aufhaltender Mann, wahrscheinlich ein Pole, auf den russischen Gesandten Schadowskij einen Revolvererschuss ab, der den Gesandten in den Kopf traf. Der Gesandte konnte sich noch selbst nach seinem Hotel "Berner Hof" begeben. Die Verwundung scheint schwer zu sein.

Dieser erhalten wir noch folgende Deatnachricht: Bern, 10. Juni, 3 1/2 Uhr nachmittags. Der Urheber des Anschlages auf den russischen Gesandten Schadowskij, der russische Staatsangehörige Ingenieur Baron Jnsicht, der sich seit etwa zwei Jahren in Bern aufhält. Das Attentat geschah in einer menschenleeren Straße. Jnsicht wurde verhaftet. Er hatte vor längerer Zeit in den Zeitungen Beschwerden über die russischen Behörden wegen Verhaftung ihm angeblich gehörender Güter erhoben und hatte, wie es heißt, den Prozess verloren. Man glaubt, daß er geisteskrank sei. Der Gesandte wird von Professor Kocher behandelt, unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht. Die Kernte fand zur Zeit damit beschäftigt, die Kugel aus der Wunde zu entfernen.

Türkei.

Abessinische Mission. Den Hauptgrund der Anwesenheit der abessinischen Gesandtschaft in Konstantinopel bildet nach einer uns von dort zugehenden Meldung die Uebertragung des Klosters "Deir-Es-